



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Kapitalerträge gerecht besteuern

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass die Abgeltungssteuer Kapitaleinkünfte gegenüber Löhnen und anderen Einkunftsarten privilegiert.
- II. Der Landtag stellt fest, dass das faktische Ende des Bankgeheimnisses die Abgeltungssteuer als Instrument gegen Steuerhinterziehung obsolet macht.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich der Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg (Drs. 643/16) anzuschließen, die auf eine Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine Rückkehr zur progressiven Besteuerung bei Kapitaleinkünften zielt.

Begründung

Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 wurden Kapitaleinkommen aus der progressiven Einkommensbesteuerung herausgelöst und fortan mit einem abgeltenden Steuersatz von konstant 25 Prozent belegt. Ziel der Einführung dieser Abgeltungssteuer war es, Steuerehrlichkeit bei Einkünften aus Zinsen und Dividenden zu fördern und der Verlagerung von Vermögen ins Ausland entgegenzuwirken.

Faktisch hat dies zu einer Privilegierung von Kapitaleinkommen gegenüber Löhnen und anderen Einkunftsarten geführt. Begründete Zweifel, ob mit der Abgeltungssteuer tatsächlich Steuerhinterziehung bekämpft werden kann, bestanden seit dem Zeitpunkt ihrer Einführung.

Inzwischen hat es große Fortschritte auf nationaler und internationaler Ebene zum Austausch von Steuerdaten gegeben. Beispielhaft sind hier das internationale Abkommen über den automatischen Informationsaustausch vom Oktober 2014 sowie

(Ausgegeben am 29.03.2017)

das 2015 von Bundestag und Bundesrat beschlossene Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz genannt. Beide stellen effektive Instrumente zur Bekämpfung grenzüberschreitender Steuerhinterziehung dar. Damit ist die Abgeltungssteuer obsolet geworden.

Eine Rückkehr zur progressiven Besteuerung bei Kapitalerträgen ist somit unschädlich. Darüber hinaus würde sie eine Gerechtigkeitslücke schließen und die Bezieherinnen und Bezieher hoher Kapitaleinkünfte stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranziehen.

Sven Knöchel
Fraktionsvorsitzender